

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Indonesien

2015

Bislang wurden nur zaghafte Schritte zur Aufarbeitung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen der vergangenen fünf Jahrzehnte, denen bis zu einer Million Menschen zum Opfer fielen, unternommen.

Nach einem gescheiterten Putschversuch im September 1965 verfolgte das Militär systematisch Mitglieder und tatsächliche oder vermeinte Sympathisanten der Kommunistischen Partei Indonesiens. Menschenrechtsorganisationen haben extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen, Folterungen, Vergewaltigungen, Zwangsarbeit und Versklavung, willkürliche Inhaftierungen und Umsiedlungen dokumentiert. Vermutlich wurden über 500.000 Menschen getötet. Tausende wurden ohne Anklage und Gerichtsverfahren in Haft gehalten. Die Dauer der Inhaftierung reichte von mehreren Tagen bis zu 14 Jahren.

Zahlreiche Veranstaltungen von Opfern der damaligen Menschenrechtsverletzungen und den betroffenen Familien wurden von Bürgerwehren gestört, zum Teil aufgelöst, wobei die Polizei meist tatenlos zusah. Im Juli 2012 veröffentlichte die Nationale Menschenrechtskommission Indonesiens das Ergebnis einer dreijährigen Untersuchung. Sie stellte fest, dass 1965/66 im ganzen Land massive Menschenrechtsverletzungen verübt wurden; in abgeschwächter Form dauerten sie bis Ende der 1970er Jahre an. Der Generalstaatsanwalt wurde von der Kommission dazu aufgefordert, Ermittlungen einzuleiten, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Darüber hinaus wurde die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission verlangt: mit dem Ziel, die Opfer und ihre Angehörigen um Verzeihung zu bitten. Die Forderungen der Kommission wurden jedoch bis heute nicht in die Tat umgesetzt.

Im August 2005 beendete ein Friedensabkommen die jahrzehntelangen Kämpfe in der Provinz Aceh zwischen Regierungstruppen und Rebellen, die die Unabhängigkeit der Provinz abstrebten. In diesem Konflikt wurden zwischen 10.000 und 30.000 Menschen getötet, darunter zahlreiche Zivilisten. Zu den Bestimmungen des Friedensabkommens von 2005 gehörte die Untersuchung der Verbrechen, die während der bewaffneten

Auseinandersetzungen verübt wurden. Im Dezember 2013 beschloss das Regionalparlament von Aceh die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission. Obwohl es zahlreiche Hinweise auf gravierende Menschenrechtsverletzungen durch beide Konfliktparteien gibt, wurde bislang nur eine Handvoll von Fällen untersucht; und es wurde noch niemand angeklagt.

Im August 2015 kündigte Präsident Widodo außergerichtliche Verfahren für die Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen der vergangenen Jahrzehnte durch ein „Versöhnungskomitee“ an. Der Generalstaatsanwalt erklärte, für die juristische Aufarbeitung aller Vergehen gebe es zu wenig belastbare Belege. Opferverbände und Menschenrechtsgruppen befürchten, dass die Erforschung der Menschenrechtsverletzungen hinter dem Ziel der nationalen Versöhnung zurückstehen soll. Die Ziele des Versöhnungskomitees lassen sich im Moment allerdings nur schwer einschätzen.

Obwohl der Menschenrechts-Ausschuss der Vereinten Nationen Indonesien darum gebeten hat, alle Körperstrafen abzuschaffen, ist in Aceh im Oktober 2015 das 2014 verabschiedete Gesetz, das gleichgeschlechtlichen oder außerehelichen Sex mit der Strafe des Auspeitschens bedroht, endgültig in Kraft getreten (vgl. den Jahresbericht Indonesien 2014).